

Telegraphische Depeschen.

*** Baden-Baden, 14. Oct. Sa. Maj. der Kaiser** besuchte gestern Abend mit den großherzoglichen Herrschaften die Theatervorstellung; heute gedenkt Sa. Maj. bei dem preussischen Gesandten Grafen v. Flemming zu dinniren.

*** Nürnberg, 14. Oct.** Der Verbandstag der deutschen Gewerksvereine nahm in seiner heutigen Versammlung nach einer sechsständigen Debatte die Vorlagen der praktischen Commission des Centralrathes und des Anwaltes an betreffend 1) die obligatorische Einführung einer Arbeitsstatistik und eines Arbeitsnachweises, 2) die Empfehlung von Beitragsversicherungsanstalten, 3) die Errichtung einer Verbandsklasse zur Unterstützung reisender und arbeitsloser Mitglieder.

*** Stuttgart, 14. Oct.** Gestern Abend 10 Uhr stießen in Heidelberg bei Bruchsal auf der Kreuzungsstelle zwei auch Personen führende Güterzüge zusammen. Drei Personen wurden getödtet, 2 Beamte und 13 Reisende verletzt. Der schuldtragende Locomotivführer erschoss sich. (Wiederholt.)

*** Wien, 14. Oct. Abgeordnetenhaus:**

Die Sitzung wurde um 11 Uhr in Anwesenheit sämtlicher Minister vom Alterspräsidenten eröffnet. Nachdem die neulichgeleiteten Abg. Monti, Pozza, Walteroskirch, Bertolini, Dipoliti und Nadergohi das erforderliche Angelegenheit gelöst hatten, wurde eine Reihe von Wahlen, gegen welche keinerlei Anstand erhoben worden war, für gültig erklärt. Bei der hierauf vorgenommenen Präsidentenwahl wurde Graf Coronini mit 338 von 341 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Graf Coronini dankte in längerer Ansprache für die ihm erwiesene Ehre und bat um das Vertrauen und um die Unterstützung der Versammlung, indem er zugleich seinem Vorgänger im Amte, Dr. Reichbauer, warme Worte der Anerkennung widmete. Die nach langjähriger Abwesenheit in das Haus wieder eingetretenen catholischen Abgeordneten begrüßte der Präsident in sympathischer Weise, er versicherte, daß ihren Forderungen, soweit dieselben mit den Existenzbedingungen der Monarchie vereinbar seien, wohlwollende Berücksichtigung zu Theil werden solle, und sprach die Hoffnung aus, daß die catholischen Abgeordneten ihrerseits die Rechte der Versammlung und die Grundgesetze der Staatsgrundgesetze dem Reiche unverändert erhalten würden. Nach einem Hinweis auf die friedlich vollzogene Occupation des Sandshahs Novibazar gab der Präsident endlich dem Wunsch Ausdruck, daß kein wieder auflockernder häuslicher Zwist die Lösung der dringenden wirtschaftlichen Aufgaben hindern möge und daß die Volkswirtschaft, wenn dieselben an die patriotische Opferwilligkeit der Steuerträger appellirten, nicht vergessen möchten, welche Höhe die Steuerlasten bereits erreicht hätten. Der Präsident schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, in welches die Versammlung begeistert einstimmte.

*** Wien, 14. Oct. Abgeordnetenhaus:**

Zum ersten Vicepräsidenten wurde Dr. Smolka mit 180 von 339 Stimmen gewählt, der Candidat der Liberalen, Aler, erhielt 156 Stimmen. Als zweiter Vicepräsident ging Soedel-Lannoy mit 174 von 335 Stimmen aus der Wahl hervor. Nach der Präsidentenwahl beschloß das Haus den Erlass einer Antwortadresse auf die Thronrede und die Einsetzung eines aus 24 Mitgliedern bestehenden Ausschusses zur Vorberatung der Adresse.

*** Paris, 14. Oct.** In dem gestern abgehaltenen Ministerrath gab, wie das Journal La France meldet, der Präsident der Republik, Jules Grévy, die Erklärung ab, daß die Wahl eines Amnestierten zum Municipalrath keineswegs die Haltung der Regierung in der Amnestiefrage modificiren würde. Das Cabinet könne seine Politik nicht auf die inconstitutionelle Herausforderung einiger Wähler hin ändern. — Verschiedene Abendblätter versichern, der hiesige italienische Botschafter General Cialdini hätte sein Entlassungsgesuch eingereicht.

*** London, 14. Oct.** Die Daily News melden aus Lahore von gestern: „Jellalabad ist von den englischen Truppen besetzt.“

*** Brügge, 14. Oct.** Bei der heute stattgehabten Wahl eines Senators an Stelle des verstorbenen Senators Boyaval, welcher der liberalen Partei angehörte, wurde der von der katholischen Partei aufgestellte Candidat gewählt.

*** Bukarest, 14. Oct. vormittags. Deputirtenkammer:**

In der gestrigen Sitzung wurde die Beratung der Regierungsvorlage betreffend die Judenfrage fortgesetzt. Der Minister des Auswärtigen Boerescu verteidigte den Entwurf und wies nach, daß das Cabinet seinem Programm treu geblieben sei, da es eine Lösung der Frage vorgeschlagen habe, welche nicht, wie die Opposition behauptet, eine allgemeine Emancipation der Juden bedeute, sondern, der Anschauung des Landes entsprechend, daß individuelle Inbegriffe gewährt. Nach der Unterzeichnung des Berliner Vertrages sei die Nation hinsichtlich desselben befragt worden; die Kammer hätte den Vertrag, soweit derselbe Rumänien betrifft, angenommen und somit auch eine Abänderung des Art. 7 der Verfassung gebilligt. Das einzige Hinderniß, ein Einvernehmen in dieser Frage zu erzielen, bestehe über die Art der Ausführung. Jede Regierung werde sich in dessen der Forderung Europas füllen müssen, da der Berliner Vertrag ein internationaler sei. Nachdem nun die Staatsmänner, mit welchen er (der Minister) gelegentlich seiner diplomatischen Reise conferirt habe, bestätigt hätten, daß Europa die Anerkennung der Principien des Art. 44 jenes Vertrages seitens Rumäniens fordere und verlange, Rumänien solle den Anfang mit der Ausführung desselben machen, so entspreche die Regierung diesen Forderungen. Der Minister widerlegte sodann die von der Opposition gemachten Einwendungen; was die Listen angehe, so seien die Anzahl und die Namen der auf denselben verzeichneten Israeliten nicht unabänderliche Dinge und könnten von der Kammer modificirt werden. Die Listen selbst aber seien notwendig, um durch den Anfang der Ausführung des Art. 44 des Berliner Vertrages Europa die Bereitwilligkeit Rumäniens zu beweisen, sich dem Princip jenes Artikels zu unterwerfen. Angesichts der Gefahr, welche im entgegengelegten Falle eintreten könnte, wolle Rumänien diese Concession machen. Die Debatte wird heute fortgesetzt.

*** Newyork, 14. Oct.** Nach hier eingegangenen Nachrichten ist General Merrit mit dem ihm gesendeten Verpfändungen bei der Agentur des Weissen Flusses angekommen und hat die Leichname des Agenten und von 12 Bediensteten desselben aufgefunden. Die Gebäude der Agentur waren niedergebrannt. Die Indianer ziehen sich in südlicher Richtung zurück. — Nach Blättermeldungen aus Galveston hätten sich

mxicanische Aufständische der Stadt Chihuahua bemächtigt.

Die Evangelische Generalsynode in Berlin.

In der Sitzung am 14. Oct. richtet vor Eintritt in die Tagesordnung der General der Infanterie v. Ollech an die Generalsynode die Aufforderung, mit aller Kraft für die Verwirklichung des Gedankens zu arbeiten, daß der Bau der Botivkirche zum Andenken an die durch Gottes Gnade wunderbar herbeigeführten vorjährigen Errettungen Sr. Maj. des Kaisers aus Lebensgefahr endlich in Angriff genommen werden könne. Im ganzen seien an Fonds bis jetzt 145200 M. vorhanden, und zwar 120000 M. durch freiwillige Sammlungen, worunter namentlich diejenige des Generalsuperintendenten der Rheinprovinz Dr. Nieden zu nennen ist, 20000 M. als Gabe des Berliner Kirchenbauvereins und 2500 M. Zinszuwachs. Ebenso sei von verschiedenen Seiten die theilweise unentgeltliche Ausstattung der Kirche in Aussicht gestellt. Aber um zur Ausführung des Werkes zu schreiten, bedarf es noch 150—200000 M. Bis jetzt seien für die Kirche zwei Baupläne in Betracht gekommen, der eine an der Südwestecke des Zoologischen Gartens, der andere im Norden Berlins auf dem Weddingplatze, wo eine Kirche gar sehr noththut, weil mehr denn 25000 Menschen auf die kleine Invalidenhauskapelle angewiesen sind.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Beratung der definitiven Geschäftsordnung. Landrath Dr. Eiders beantragt En-bloc-Aannahme der Commissionsanträge, die auch erfolgt.

Ueber den nächsten Gegenstand, die Einrichtung einer Generalsynodalkasse, referirt Consistorialpräsident Dr. Heindorf-Stettin. Der von dem Oberkirchenrathe auf 100000 M. veranschlagte Kostenaufwand für die erste Synodalperiode ist von den Provinzialsynoden eingezahlt und bei der Generalkasse des Cultusministeriums ein Fonds errichtet worden. Der Referent schlägt vor: 1) einstweilen, bis zur Constatirung des Generalsynodalvorstandes, die Verwaltung durch den Oberkirchenrath fortführen zu lassen; 2) sich im vor- damit einverstanden zu erklären, falls der zu wählende Generalsynodalvorstand so beschließen sollte, die Verwaltung dem Oberkirchenrathe zu überlassen. Wird genehmigt.

Für die vom Oberkirchenrathe verwalteten Fonds wird demselben für das Rechnungsjahr 1878/79 auf Antrag des Referenten Superintendenten Schmidt Decharge ertheilt. Der Berichterstatter gibt dabei dem Bedauern Ausdruck, daß seit einigen Jahren die sogenannte allgemeine Nothstandscollekte in fortwährendem Sinken begriffen sei, und mahnt zu kräftigerer Unterstützung unserer ohnehin so armen evangelischen Landeskirche. Der Gesamtzuschuß des Staates für die gesammte evangelische Landeskirche beträgt 4,025,085 M.,

Leipziger Kunstgewerbeausstellung.

Gruppe V. Graphische Künste und Gewerbe.

4 Leipzig, 14. Oct. Die räumlich beschränkte Ausstellung der graphischen Künste und Gewerbe bietet, obwohl sie auf den ersten Blick eine systematische Anordnung vermissen läßt, ein höchst anziehendes, man darf wohl sagen malerisches Bild. Die reichhaltigste Abtheilung dieser Gruppe ist die für Buchhandel und Buchdruck. Es konnte mit Recht erwartet werden, daß auf einer Ausstellung, die in Leipzig, der Metropole des deutschen Buchhandels, stattfindet, nicht nur dieser, sondern auch die mit ihm in Verbindung stehenden Gewerbe in vollständigster und interessantester Weise vertreten sein würden, und in der That ist so viel des Schönen und Trefflichen vorhanden, daß der Laie beim Anblick desselben überrascht sein mag, während der Fachmann gar manches vermisst, was bei einer derartigen Gelegenheit nicht fehlen dürfte. Zum größten Theil ist die letztere Thatsache eine Folge des Zweifels, der sich im entscheidenden Moment darüber erhob, ob die betreffenden Zweige der industriellen Thätigkeit überhaupt als Kunstgewerbe aufzufassen seien, eine Frage, die erfreulicherweise durch die Ausstellung selbst bejaht worden ist, indem die zur Anschauung gebrachten Leistungen fast durchweg den Bedingungen entsprechen, auf Grund deren irgendet Object mit dem Namen eines Kunstwerks bezeichnet werden darf. Selten hat man wol eine so stattliche Reihe gut ausgeführter Druckwerke gesehen, wie sie hier dem Auge des Beschauers geboten ist. Allerdings gehören die ausgestellten Erzeugnisse fast sämtlich auf das Gebiet der

Luxusindustrie, doch wird der künstlerisch verfeinerte Einfluß derselben unfehlbar auf die alltäglichen Bedarfsartikel zurückwirken.

Indem wir zu der Betrachtung der einzelnen Ausstellungsobjecte übergehen, beginnen wir mit denjenigen Firmen, die mit dem Verlagsgeschäft den mehr oder minder umfassenden Betrieb graphischer Kunstzweige verbinden.

Die Reihe derselben eröffnet würdig die Firma Breitkopf u. Härtel, welcher während der 160 Jahre ihres Bestehens hochverdiente Männer vorgestanden haben, wie Bernhard Christoph Breitkopf, der Begründer des Hauses, der Verleger Gottsched's und der größte Buchdrucker seiner Zeit; Johann Gottlieb Immanuel Breitkopf, den man den Reformator der Typographie genannt hat, zugleich der Begründer des deutschen Musikalienhandels, und Gottfried Christoph Härtel, dessen autorisirte Gesamtausgaben der Werke Mozart's, Haydn's und anderer Classiker wesentlich dazu beitrugen, dieselben einzubürgern. Der Buchverlag der Firma umfaßt heute zahlreiche Hauptwerke der Musikgeschichte, Wissenschaft und Literatur, während im Musikalienverlag die Namen Mendelssohn, Schumann, Chopin u. glänzen. Auf der Ausstellung befanden namentlich die von bewährten Künstlern gestochenen, sorgfältig gedruckten Stahlstiche: „Bildnisse berühmter Deutschen“, das mit Holzschnitten illustrierte Prachtwerk „Leander's Träumereien“, die Volksausgabe und die kritischen Gesamtausgaben der Classiker und moderner Meister der Musik, sowie Schrift- und Notenproben eigener Gießerei die hohe Leistungsfähigkeit der Firma.

Die Firma F. A. Brodhaus gibt in den ausgestellten Verlagserzeugnissen ihrer sämtlichen technisch-artistischen Geschäftszweige, der Schriftgießerei, Buchdruckerei, Lithographie, des Stahl- und Kupferdruckes sowie in den Einbandplatten und Stempeln Musterleistungen der Gradiranstalt und endlich auch der Buchbinderei. Vereinzelt finden wir diese Kunstgewerbe im „Bilder-Atlas“ angewendet, dem achtbändigen Ergänzungswerk zum „Conversations-Lexikon“, einem encyclopädischen Prachtwerk von 500 Tafeln. Abbildung und Druckplatte einer dieser Tafeln zeigen die Ausführung einer Porträtfigur in den verschiedenen Manieren des Holzschnittes, des Stahlstiches und der Lithographie und gewähren einen lehrreichen Einblick in die vielfältigste Technik der zeichnenden Künste. Ferner sind unter den illustrierten Verlagserzeugnissen hervorzuheben: „Brodhaus' kleines Conversations-Lexikon“, „Illustrirter Katalog der Pariser Weltausstellung von 1878“, „Museum der modernen Kunstindustrie“, eine illustrierte Bibel in besonders reichem Prachtband mit silboller goldener Garnitur, die „Shakespeare-Galerie“, die „Goethe-“, „Schiller-“ und „Lessing-Galerien“, sämtlich in Stahlstichen nach Zeichnungen hervorragender Künstler. Von der reichhaltigen Literatur der Reisen und Entdeckungen nennen wir die „Zweite Deutsche Nordpolarexpedition“ mit zahlreichen Holzschnitten, Chromolithographien und Karten, „Vier Jahre in Afrika“ von Ernst v. Weber, „Länder und Stätten der Heiligen Schrift“, sowie die Werke von Schliemann, Stanley, Schweinfurth und Cameron. Neben den ausgestellten xylographischen Illustrationsdrucken sind der Niesenholzschnitt „Kaiser Franz Joseph I.“ und die

eine prächtige Summe allerdings, aber wach eine Do- tation gegenüber der verhältnismäßig großen Summen, welche im preussischen Staatshaushalte für die katho- lische Kirche figurieren! Auf Abstellung dieses Misver- hältnisses müßten die Bestrebungen aller Angehörigen der evangelischen Landeskirche, also ganz besonders der Generalsynode gerichtet sein. (Beifall.)

Präsident des Oberkirchenrathes Hermes gibt Aus- kunft über die Einrichtung des evangelischen Schul- unterrichts in den Gegenden der Diaspora, nament- lich Schlesiens, für welchen der Oberkirchenrath mit aller Energie eingetreten sei und wofür die Mittel eben nur dem Collectenfonds entnommen werden konnten; man habe selbst, wenn sich in den katholischen Schulen nur etwa fünf oder sieben Kinder evangelischen Glau- bens befanden, die Angehörigen mehrerer Schulen ver- einigt, um diese Kinder nicht ganz ohne den ge- ringsten Vorunterricht den Confirmandenstunden zuzuführen. (Beifall.)

Generalsuperintendent Dr. Erdmann-Breslau be- grüßt diese Thätigkeit des Oberkirchenrathes mit großer Freude und mahnt zu unverdrossenem Fortarbeiten auf diesem Gebiete. Angesichts der Verschärfung der con- fessionellen Gegensätze, angesichts der immer steigenden Zahl der Wischehen und ihres wachsenden verderb- lichen Einflusses auf den unverfälschten evangelischen Geist muß unsere ganze Kraft eingesetzt werden!

Regierungspräsident v. Flottwell-Marienwerder be- stätigt, daß auch in Westpreußen, einer Provinz, die erst eine kaum hundertjährige Cultur hinter sich hat, das Möglichste von allen Behörden gethan werde, um die evangelischen Bewohner zu fördern.

Graf v. Kraffow führt einen großen Theil der eben hervorgehobenen Mißstände auf die Institution der paritätischen Schulen zurück, die dem evangelischen Geiste verderblich werden mußten; aber glücklicherweise sei der Religionsunterricht in unsern Volksschulen noch obligatorisch! Im übrigen wünscht Redner Auskunft darüber, ob die Gelder vom Oberkirchenrath pupilla- risch sicher angelegt sind. Man hat Beispiele — nun, Sie wissen, was ich meine! (Große Heiterkeit)

Referent Schmidt erwidert, daß der Synode dar- über noch eine genaue Uebersicht seitens des Oberkir- chenrathes zukommen würde.

Die Decharge wird darauf ertheilt.

Es folgt die Discussion über die Mittheilungen des Oberkirchenrathes über den gegenwärtigen Stand der Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung in den acht ältern Provinzen der Monarchie.

Referent Oberconsistorialrath Dr. Baur:

Erst in neuerer Zeit ist die Frage der Sonntagsruhe wieder in den Vordergrund getreten, in mancher Beziehung bemerken wir auch seitens der Obrigkeit erfreuliches Ent- gegentommen. So freue ich mich jedesmal, wenn ich am Sonntag den Schuhmann vor der Kirche seine Stange mit der Fahnenauflage: „Schritt!“ aufpflanzen sehe — sie schafft sofort Ruhe. Die Breite der Gardinen an den Schau- fenstern läßt freilich nach wie vor zu wünschen übrig. Aber damit ist lange nicht genug geschehen. Gerade die sociale Seite der Sonntagsfrage ist von der allergrößten Bedeu- tung. Die Kirche, ein Hort der Freiheit, muß einstehen für den Tag der Freiheit; aber es steht mit der Sonntags- ruhe und Sonntagsfeier noch immer sehr schlecht. Mehr und mehr gönnen gewisse Kreise der Bevölkerung dem Sonnt- age den alten Respect nicht mehr; die Menge der Schützen- feste, Turn- und Musikfeste geht mit ihren oft geräusch- vollen Veranstaltungen fast immer ganz nahe an die Zeit des Gottesdienstes heran, ja fällt mit ihm zusammen. Ferner die landwirtschaftlichen, die Gewerbe- und Kunstausstel-

lung hören den Gottesdienst, nicht weniger unsere bessere Gesellschaft mit ihren sonntäglichen musikalischen Matineen! Noch eine schlimmere Störung bilden die Wettrennen, die Redner hier deshalb zur Sprache bringt, weil in der Synode doch eine Anzahl der höchsten Gesellschaft angehörige Mit- glieder sich befinden. Redner, der noch nie nach seinem Ge- ständnisse ein Wettrennen mit angesehen hat, verliest den Bericht der Neuen Preussischen Zeitung über das am Sonntag in Döppgarten begonnene Pferdrennen, woran er eine Vergleichung mit den Treibjagden knüpft, die doch schon seit langem am Sonntag verboten sind. Da sind ferner die Fortbildungsschulen, die ihren Unterricht während des Gottesdienstes erteilen! Aber auch sonst gibt es öffent- liche Kergernisse genug. Da sieht man Arbeiter bei Straßen- und Brückenbauten, sogar bei dem Bau eines Minister- hotels; da finden Controlversammlungen und Märkte des Militärs am Sonntage statt! Durch alle diese Mißstände wird der Respect für die Sonntagsfeier untergraben, zu- mal die Verordnungen zum Schutze der Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung auch meistens nicht befolgt werden. Auch im Reichstage bei der Beratung der Gewerbeordnungs- novelle sei der Antrag, daß der Arbeitgeber am Sonntag keine Arbeit auslegen dürfe, nicht durchgedrungen, doch fehlte nur Eine Stimme, und dies gibt uns die Hoffnung, daß auch von dieser Seite bald eine Ergänzung unserer Bestimmungen über die Feier beschlossen werden wird. Dem Antrage des Referenten gemäß soll die Staatsregierung von der Synode gebeten werden, die Bestrebungen für wahre Sonntagsheiligung mit allen ihren Kräften zu för- dern. (Bravo!)

Der Correferent Delius-Bielefeld schließt sich dem eben Ausgeführten an und betont, daß das Staats- und Volksgewissen wach gerufen werden müsse, um zu einer echten und rechten Sonntagsheiligung wieder zu gelangen.

Consistorialpräsident Leuschner-Merseburg stellt den Antrag, den Unterricht der Fortbildungsschulen am Sonntag während des Gottesdienstes nicht mehr zu dulden. Es werde durch diese Fortbildungsschulen eine systematische Entkirchlichung unserer heranwachsenden Jugend herbeigeführt, der man um so entschiedener entgegenzutreten müsse, als auf diesem Felde Remedur wenigstens möglich sei.

Superintendent Pfeiffer beantragt, durch den Ober- kirchenrath die Staatsregierung zu ersuchen, an Sonnt- agen keine Controlversammlungen stattfinden zu lassen.

Dr. v. Kleist-Regow:

Wenn das Dritte Gebot von den Höhern nicht mehr gehalten wird, wie wollen diese verlangen, daß das Volk die andern Gebote halte? Ich bin kein Pferdejäger, aber mit Dank nehme ich die Mahnung des Herrn Referenten für meinen eigenen Stand entgegen und rufe mit der gan- zen Synode ins Land hinein: „Rastet aus sammeln und rüsten, damit dem Sonntage wieder sein heiliges Recht werde!“ (Lebhafter Beifall.)

Superintendent Uebertshar spricht sich besonders gegen die vielfachen Vergnügungen aus, die den Vor- mittags- und den Nachmittagsgottesdienst fruchtlos machen, spricht jedoch auch gegen die Verlegung derselben auf den Sonabend, wie es in England und Amerika der Fall sei; auch in diesem Falle würde die nöthige Sammlung zum Kirchenbesuch nicht vor- handen sein.

Dr. Frhr. v. d. Goltz-Königsberg nimmt die Fort- bildungsschulen gegen die Angriffe der Vorredner in Schutz; sie seien eine sehr segensreiche Institution, wie man auch von berufener kirchlicher Seite anerkannt habe. Im Interesse beider Theile empfehle sich die Annahme des Antrags Leuschner.

Die Discussion wird geschlossen. Der Correferent Commerzienrath Delius bittet die verschiedenen Antrag- steller, ihre Anträge zu Gunsten des Principalantrags

zurückzuziehen. Alle darin enthaltenen Wünsche wür- den von selbst in Erfüllung gehen, wenn die obersten Behörden der Aufforderung der Generalsynode geneigtes Ohr geliehen haben würden.

Die Anträge des Referenten werden einstimmig angenommen. Desgleichen ein Antrag des Hrn. Herr- mann auf Beschränkung des Eisenbahndienstes im In- teresse der Beamten; ebenso der Antrag Leuschner und Pfeiffer.

Der Oberkirchenrath hat an die Generalsynode das Ersuchen gestellt, sich gütlich darüber zu äußern, in welchem Umfange ein Bedürfnis zur Gewährung von festen Remunerationen an die Superintendenden anzunehmen ist, in welchem Maße bei Normirung dieser Remunerationen die Höhe des Pfarreinkommens und der Umfang der Diocese in Betracht zu ziehen und ob diese Angelegenheit der provinziellen Regu- lierung nach den angeedeuteten Gesichtspunkten zu unter- ziehen ist. Es handelt sich darum, den Superinten- denten zur Bestreitung der Bureaubedürfnisse für die Kanzleiarbeiten eine jährliche Entschädigung von circa 100 M. zu bewilligen. Die Vorlage wird auf An- trag des Frhr. v. Malabayn der Finanzcommission überwiesen. Hierauf vertagt sich die Synode auf Mittwoch 12 Uhr.

Der sechste Verbandstag deutscher Gewerk- vereine zu Nürnberg.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung in der Sitzung am 12. Oct.: „Bericht des Anwalts über die Thätigkeit und Entwicklung der Gewerksvereine und des Verbandes seit dem fünften ordentlichen Ver- bandstage“, nahm Dr. Max Firsch das Wort. Nach- dem derselbe darauf hingewiesen, daß mit der Abhal- tung des Verbandstages in Nürnberg ein Schritt vor- wärts in der Verbindung von Nord und Süd ge- schehen, gab er in längerer Rede ein Bild von der Thätigkeit der Gewerksvereine seit 1877. Wir entneh- men derselben Folgendes:

Unter den ungünstigsten Umständen haben sich die Ge- werksvereine zu einer respectablen Organisation herangebil- det. Die Zahl der einzelnen Ortsvereine beträgt 395; da- von entfallen auf die Provinz Brandenburg 78, Sachsen 73, Schlesien 66, Pommern 48, Preußen 46, Thüringen 36, Rheinland und Westfalen 11, Königreich Sachsen 9, Baden 9, Württemberg 7, Baden 2, Oldenburg 4, Braunschweig 3, Westfalen 4. Mit dem Erlaß des Socialistengesetzes rückte eine schwere Gefahr heran, da zu befürchten stand, daß die Polizeibehörden nicht immer einen Unterschied zwi- schen den socialdemokratischen und gewerkschaftlichen Ten- denzen machen würden. In der That geschahen auch seitens einzelner Behörden Mißgriffe, bis dieselben durch eine Verfügung des Ministers des Innern, Grafen Eulenburg, aufmerksam gemacht wurden, die Gewerksvereine nicht zu behelligen, da dieselben socialdemokratischen Tendenzen nicht heiligten. Mit dieser Verfügung hatte die Regierung zu- gleich ihre Stellung gegenüber den Gewerksvereinen klar gestellt. Auch in den Kreisen der Arbeitgeber und vorzüg- lich in der Presse ist die Idee der Gewerksvereine zu immer größerer Anerkennung gelangt, wenn auch nicht zu verlen- nen ist, daß noch sehr viele Arbeitgeber engbrügger Besin- nung Gegner der nationalen Arbeiterverbindungen sind.

In Bezug auf die Gesetzgebung galt es in den letzten zwei Jahren, das Errungene zu behaupten. Die reaction- nären Elemente glaubten den Zeitpunkt für gekommen, um ihre Pläne zur Durchführung zu bringen. Nicht bloß die alten Künste sollten wieder ins Leben zurückgerufen werden, auch die Zwangslassen den Arbeitern aufzuerzogen werden. Daneben müßten die Gewerksvereine auf die För- derung der brennendsten Arbeiterfragen, so bezüglich der

Blätter aus den „Meisterwerken deutscher Holzschneide- kunst“ vorzüglich bemerkenswerth. Proben von Stahl- und Kupferdruck, insbesondere von werthvollen Porträt- stichen, wie solche von Landkarten und Arbeiten in allen lithographischen Manieren in Schwarz und Farben- druck repräsentiren die Geographisch-Artistische An- stalt der Firma. Von kartographischen Ausstellungs- objecten finden wir die große Generalkarte von Aegypten mit arabischer Nomenclatur, Blätter aus Lange's „Geographischem Handatlas“, Linberg's russischem Atlas und verschiedene Karten zu Werken des eigenen Verlags. In den Einbänden der ausgestellten Werke zeigt sich das Streben, Eleganz und Solidität zu vereinigen.

In der wohlgeordneten, interessanten Ausstellung des Bibliographischen Instituts sind „Meyer's Con- versations-Lexikon“ und Brehm's „Thierleben“ durch musterghiltigen Druck wie durch geschmackvolle Aus- stattung ausgezeichnet, ebenso als Kunstdruck die zu beiden Werken gehörigen Illustrationen. Die ver- schiedenen Stadien in der Herstellung der ausschließ- lich aus der Officin des Bibliographischen Instituts hervorgehenden Verlagswerke sind durch Saßform, Papiermatrize und Stereotypplatte nebst Druckproben der Rotationsmaschine veranschaulicht; ebenso sind Ma- trizen und Druckplatten von Holzschneidern und Stahl- sichten ausgelegt.

Unter den im Druck vorzüglichen Werken von Ju- lius Klinckschardt sind einige mit besonders ins Auge fallender guter typographischer Ausstattung. Das Beste ist unstreitig die „Deutsche Kunst in Bild und Lied“. Die Proben der Schriftgießerei zeigen eine große

Mannichfaltigkeit der Typen und typographischen Or- namente, darunter manche vortreffliche und originelle Erzeugnisse; auch Schriftstempel, Abzüge derselben, Siebwerkzeuge und Abzüge sowie Stereotypmatrizen und Platten, Abformungen von Platten in Wachs und galvanische Niederschläge derselben sind hier ausgestellt. Die Firma V. G. Teubner hat in gefälliger Arrangement eine Anzahl gut gedruckter, ausliegenden Prachtwerken entnommener Holzschneidwerke gruppiert. Hervorzuheben sind die Dore'schen Illustrationen im „Alten Matrosen“, in Milton's „Verlorenem Paradies“, in der polnischen Prachtbibel, sowie der Holzschneid- druck in „Hermann und Dorothea“ und im „Album deut- scher Kunst und Dichtung“. Eine sehr hübsche typo- graphische Ausstattung zeigt „Der zerbrochene Krug“. Der Druck ist in allen Werken der Firma kunstgemäß und correct.

Die Verlagswerke von Bernhard Friedrich Voigt in Weimar, meist technischen und kunstgewerblichen In- halts, sind in ihrer typographischen wie lithographischen Ausführung aus dem Etablissement selbst hervorgegangen. Manches Interessante bieten die Entwürfe in Weichardt's „Stadthaus und Villa“ sowie dessen „Motive für Gartenarchitektur“.

J. J. Weber hat außer verschiedenen Jahrgängen der Illustrierten Zeitung, die einen instructiven Ver- gleich der Technik des Holzschneidens und des Druckes gestatten und den bedeutenden Fortschritt unserer Zeit documentiren, und außer den verschiedenen Kriegs- chroniken sowol größere illustrierte Verlagswerke als auch einzelne einfache Druckwerke ausgestellt. Von den erstern sind besonders hervorzuheben die in verschiede-

nen leipziger Officinen gedruckten „Meisterwerke der Holzschneidekunst“ und das „Weihnachtsalbum“; auch Eschubi's „Thierleben der Alpenwelt“ und „Schöpp- ner's „Hauschatz der Länder- und Völkertunde“ sind hier zu nennen. Die Holzschneidwerke der Illustrierten Zei- tung wie die der illustrierten Verlagswerke sind Arbeiten der typographischen Anstalt der Firma; sie hat durch dieses Unternehmen der deutschen Typographie Bahn ge- brochen und sich ein bleibendes Denkmal gestiftet.

Unter den chromolithographischen Erzeugnissen der Verlagsanstalt J. G. Bach in Leipzig sind hervor- zuheben: „Die Trachten der Völker vom Beginn der Geschichte bis zum 19. Jahrhundert“ und „Deutsche Volkstrachten“, beide nach Zeichnungen von Albert Krehschmer.

Einen Artikel der leipziger Kunstindustrie, der an sorgfältiger Ausführung die gleichartigen englischen und französischen Erzeugnisse übertrifft, hat die Buch- handlung und Kunstverlagsanstalt von Heinrich Eduard Kramer zur Ansicht gebracht. Es sind dies die mit Typen auf Pergamentcanovas gedruckten bunten Stük- muster (Blumen, Stükmuster), namentlich das auf die- selbe Weise in fünf Farben hergestellte, zur Vorlage für Weberei bestimmte Teppichmuster.

Die Kunst- und Verlagsanstalt von Edwin Schlömp in Leipzig ist durch prächtige Stahlstiche, Photographien und Holzschneidwerke, vor allem durch die „Gustav-Freytag- Galerie“ und die „Galerie moderner Meister“ vertreten; vorzüglich beachtenswerth als Probe ihrer Verlagswerke ist „Das Kunstgewerbe im Hause“. E. A. Seemann in Leipzig stellt prächtig illustrierte Werke aus, theils einzelne Kunstblätter, theils ganze Bände; unter den

zuchtbaue
in ihren K
der liberal
sprachen de
die Gewer
Begen ver
größtenthei
dürfe der
eine den K
wollen nur
allein nicht
wehren. Ich
mit den Ar
die Entwid
erkennung
das Pilsner
Hälfte der
Errungen
legten zwei
werkreine
420000 M.
raume eine
an Pension
Invalident
Der C
niederholt
gleich die
Lehrstalle d
lassene, sei
in guten
Arbeiter er
sollen lassen
die, auf de
Beife für d
stimmung.)
Hierau
tagabgeor
seinem Re
der Princ
Redner sp
Alterverfo
wurde dan
In Ern
plante Em
Invalident
Gleichberec
Mehrbelas
legt, daß
Theil der
Industrie er
kung und B
sicher Nicht
Schriftveran
lassenwang
steht, und
taffen höch
freien Alter
die der de
endlich die
staftlichen
höchst zwei
Arbeiter ge
allen Dienst
Antrag St
schäblich zu
X Ger
der Bund
berufen un
Präsident
hat zum G
die Statist
gebiet's mi
treffend di
erstern sin
Zusammen
für den ge
ästhetische
in künstler
artikel vor
rich Prett
„Dyffsee“
Komödie“,
Moriz v.
Doktor Pl
genannt ha
Wigand in
rolsfeld n
reichgechn
Spangen,
besonders
aus der b
bilden vo
diesem B
vergrößert
in Leipzig
findet bei
besucher g
Collection
das „Stil
malerei“ v
werke im
sind das P
schen Poe
Masius.
schaftlichen

Wünsche wü- die obersten de geneigte einstimmig Drn. Derr- des im In- schner und Synode das zu äußern, Bewährer intendenten Normierung Einkommens zu ziehen zu unter- Superinten- ste für die von circa auf An- commission Synode auf Gewerl-

Zuchausarbeit, der Haftpflicht, Rücksicht nehmen, und was in ihren Kräften stand, haben sie mit voller Unterstützung der liberalen Parteien gethan, um den berechtigten An- sprüchen der Arbeiter Genüge zu thun. Wesentliches haben die Gewerkschaften hinsichtlich des Rechtsschutzes geleistet. Wegen verweigerter Haftpflicht angestregte Prozesse haben größtentheils einen glücklichen Ausgang gehabt. Daraus dürfte aber nicht geschlossen werden, daß die Gewerkschaften die Arbeitgebern feindliche Stellung einnehmen. Sie wollen nur das Recht des Arbeiters, der für seine Person allein nicht in der Lage ist, sich gegen das Großkapital zu wehren, schützen; im übrigen sind sie bemüht, im Frieden mit den Arbeitgebern zu leben. Von großem Einflusse auf die Entwicklung der Gewerkschaften war die gesetzliche An- erkennung der Gewerkschaftsvereine. Bekannt ist, daß die Hälfte der liberalen Parteien zu Stande gekommen ist, eine Erwerbslosenversicherung der gemäßigten Arbeiterklasse ist. In den letzten zwei Jahren betrug die Einnahme der freien Ge- werkschaftsvereine rund 500000 M., die Ausgabe 420000 M. Die Invalidenklassen hatten in demselben Zeit- raume eine Einnahme von 110000 M., dagegen wurden an Pensionen gezahlt 77000 M. Das Vermögen dieser Invalidenklassen beträgt rund 320000 M.

Der Gewerkschaften, schließt Dr. Max Hirsch seinen wiederholt von Beifall unterbrochenen Vortrag, „ist zu- gleich die feste Burg, das wohnliche Haus, die bildende Lehrhalle der Arbeiter. In ihm findet er, der sonst Ver- lassene, seine große Familie und seinen treuesten Freund in guten wie in bösen Tagen. Mögen Arbeitgeber wie Arbeiter endlich ihre Vorurtheile gegen die Gewerkschaften lassen und einer Richtung ihre Unterstützung leisten, die, auf dem Boden des Gesetzes stehend, das allgemeine Beste für das ganze Vaterland anstrebt.“ (Lebhafteste Zu- stimmung.)

Hierauf erfolgt eine kürzere Pause, worauf Reichs- tagsabgeordneter Professor Dr. Günther das Wort zu seinem Referat: „Die Zwangsversicherungsklassen im Lichte der Principien und der Erfahrung“, nimmt. Der Redner sprach sich gegen die Einführung obligatorischer Altersvorsorge- und Invalidenklassen aus und es wurde dann nachstehende Resolution angenommen:

In Erwägung, daß die von konservativer Seite ge- plante Einführung obligatorischer Altersvorsorge- und Invalidenklassen für Fabrikarbeiter die verfassungsmäßige Gleichberechtigung aller Staatsbürger durch ausschließliche Mehrbelastung einer einzelnen Klasse aufs schwerste ver- letzt, daß wirtschaftlich diese Mehrbelastung den größten Theil der Fabrikindustrie und insbesondere deren Fabrik- industrie erbrüden würde; daß somit eine neue Beschrän- kung und Bevormundung der Arbeiterklasse in staatssozialisti- scher Richtung, und im Widerspruch mit der Selbsthilfe und Selbstverantwortlichkeit eingeführt würde, daß der Pensions- klassenzwang für Fabrikarbeiter nirgends in der Welt be- steht, und während die als Muster hingestellten Knappschafts- klassen höchst mangelhaft sind, dagegen in Deutschland die freien Altersvorsorge- und Invalidenklassen, insbesondere die der deutschen Gewerkschaften sich bewährt haben; daß endlich die Ausführbarkeit des Zwangsprojektes vom wirt- schaftlichen und sachverständigen Standpunkte mindestens höchst zweifelhaft und eine noch größere Bitterkeit der Arbeiter gegen die bestehende Gesellschaft sicher ist — aus allen diesen Erwägungen ist der im Reichstage eingebrachte Antrag Stumm und Genossen als ungerecht und gemein- schädlich zu verwerfen.

Deutsches Reich.

X Berlin, 14. Oct. Im Laufe dieser Woche wird der Bundesrath zu einer Plenarsitzung zusammen- berufen werden. Inzwischen ist bei demselben ein Präsidialantrag vom 8. Oct. eingegangen. Derselbe hat zum Gegenstande 1) eine Bekanntmachung betreffend die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zoll- gebiets mit dem Auslande; 2) Dienstvorschriften be- treffend die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen

Zollgebiets mit dem Auslande. Beide Maßregeln sind als nicht gesetzgeberischer Art vom Bundesrathe allein zu treffen. Die Entwürfe dazu sind vom kaiser- lichen Statistischen Amt aufgestellt, welchem die unter dem 4. Aug. und dem Bundesrathe in anderer Gestalt mitgetheilten Entwürfe zu weiterer Verabreichung über- geben worden waren. Am Sonnabend waren die Bundesausschüsse für Handel und Verkehr und für Zoll- und Steuerwesen zu einer gemeinsamen Sitzung vereinigt. Heute hat der Ausschuss für Justiz eine Sitzung abgehalten, für welche unter anderem ein Ent- wurf des Gesetzes über den Strafvollzug auf der Tagesordnung stand.

Der Magdeburgischen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 14. Oct.: „Fürst Bismarck hat in der letzten Zeit, namentlich während seines hiesigen Aufenthaltes, sehr stark von der Neuralgie zu leiden gehabt; jede Bewegung, insbesondere das Auf- und Absteigen der Treppen, kostete ihm viele Anstrengung, und noch am letzten Tage vor seiner Abreise nach Varzin äußerte er sich bekannnter Herren gegenüber dahin, daß er die Schmerzen in allen Gliedern fühle. Infolge dessen geht der Wunsch des Reichskanzlers dahin, auf seinen ländlichen Besitzungen der Ruhe so lange als nur irgend möglich zu pflegen. Von einem Urlaub auf eine bestimmte Zeit oder von der Absicht, zu einem gewissen Termin zurückzukehren, kann danach keine Rede sein, und alle dahin gerichteten Mitthei- lungen beruhen ohne Ausnahme auf Combinationen. Trotz des Wunsches des Fürsten, seinen Landaufent- halt möglichst lange auszudehnen, kann man doch an- nehmen, daß der letztere öfters unterbrochen werden wird. Abgesehen davon, daß der Fürst die Leitung der Geschäfte niemals ganz aus der Hand gibt, und daß mancherlei unvorhergesehene Fälle eintreten können, welche seine Anwesenheit hier notwendig machen, glaubt man auch annehmen zu können, daß demnächst ein Familienereigniß den Reichskanzler nach Berlin zurück- führen wird.“

Der Temps erhält aus Berlin folgendes Tele- gramm: „Die so oft angekündigte und abgesagte Entree zwischen dem Fürsten Gortschakow und dem Fürsten Bismarck scheint jetzt für den Beginn des Monats November vereinbart zu sein. Der rus- sische Kanzler wird auf seinem Rückwege nach Peters- burg über Berlin reisen, der deutsche Kanzler just um diese Zeit einen kurzen Ausflug nach Berlin machen müssen. Durch dieses glückliche Zusammentreffen wird die delicate Frage, welcher der beiden Staatsmänner dem andern nachgeben müßte, beseitigt sein.“

„Du sprichst ein großes Wort gelassen aus“, möchte man sagen, wenn man in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung (deren officiöser Charakter in Fällen wie dieser doch wol nicht ganz außer Betracht bleiben kann) allen Ernstes, wenn auch zunächst nur in einem „Eingefandt“, die Frage der „wirtschaft- lichen Annäherung von Deutschland, Oester- reich-Ungarn und Frankreich“ (!) mit lähner Hand angefaßt findet. Der Einsender verschweigt nicht die vielen und großen Schwierigkeiten, die einer solchen aus drei verschiedenen selbständigen Wirtschafts- und Steuersystemen zu bildenden Einigung sich entgegen- stellen, aber er hält doch die Frage der nähern Er- örterung für werth, und das officiöse Blatt stimmt ihm darin bei mit den Worten:

Der Einsender meint, und wir schließen uns ihm im allgemeinen an, daß eine wirtschaftlich eng verbundene Gruppe wie Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Frank- reich alle diejenigen glücklichen Elemente in sich träge, welche den Frieden Europas und die Wohlfahrt der Nationen ver- bürgen könne, weist aber sehr richtig darauf hin, daß man- cherlei Hemmnisse zu überwinden sein würden, ehe diese letzte gewaltige Schöpfung des Kanzlers (!) zum Wohle der nationalen Arbeit Deutschlands als ein abgeschlossenes Werk sich darstellen könne; um so mehr scheint es die Pflicht der deutschen Industrie zu sein, bankersüßlich einzugreifen und unter Ausbietetung ihrer weitverzweigten Verbindungen mit- zuwirken an der möglichst schnellen Erreichung des vor- gesehnen segenspendenden Zieles. (!)

Diese Worte scheinen anzudeuten, daß Fürst Bis- marck selbst mit einem solchen lähnen Gedanken umgeht. Daß wir auf neue „Ueberraschungen“ ge- faßt sein müßten, hat längst schon verlautet.

Seit einiger Zeit widmet das deutsche Militär- Wochenblatt dem französischen Heerwesen seine besondere Aufmerksamkeit. Aus den betreffenden Arti- keln geht, wie der Frankfurter Zeitung geschrieben wird — was die Germania nachdruckt — ganz klar hervor, daß Deutschland bei Zeiten sich darauf vorbe- reiten müsse, sein Armeebudget entsprechend zu erhöhen, um mit der französischen Armee bezüglich der Stärke und technischen Ausbildung gleichen Schritt zu halten. So schreibt das Militär-Wochenblatt in seiner neuesten Nummer unter anderem: „Die bei den Beratungen über das Kriegsbudget in der französischen Armee in dem Gesetzgebenden Körper geführten Verhandlungen erregen das militärische Interesse um so mehr, als sie besonders dazu geeignet sind, einen Einblick in die immer noch nicht abgeschlossene Militärorganisation eines Landes zu gestatten, dessen Volksovertretung seit der Reorganisation bei jeder Gelegenheit den Beweis geliefert, daß sie für die Vervollkommnung ihrer neu- geschaffenen Armee jedes Opfer zu bringen bereit ist, und daß das Interesse, welches sie allen die Armee betreffenden Verhältnissen widmet, mit dieser Opfer- freudigkeit gleichen Schritt hält.“ Es werde nachher an anderer Stelle noch der Gefügigkeit der französischen Volksovertretung gedacht, sobald es sich um Bewilligun- gen für die französische Armee handle.

Aus Berlin vom 14. Oct. wird der Magdebur- gischen Zeitung berichtet: „Die erhebliche Preissteige- rung, welche für Getreide und andere Verzehrungs- gegenstände in den letzten Tagen eingetreten ist, hat die Aufmerksamkeit der Regierung in hohem Grade erregt. Es wird hiernach für fraglich gehalten, ob mit dem 1. Jan. t. J. bereits Getreidezölle ein- geführt werden sollen. Ganz sicher ist, daß diese Frage einen Gegenstand der Erwägung bildet. Die Ein- wendungen, welche im Reichstage gegen die Getreide- zölle erhoben worden sind, scheinen sich früher als richtig erweisen zu sollen, als die Hoffnungen der Agrarier auf eine noch weitere Erhöhung der Getreide- zölle, welche durch den persönlichen Verkehr des Reichs- kanzlers mit dem Hrn. v. Thüngen in Riffingen noch erhöht worden waren. Auch bezüglich der Holzölle sind die Acten noch nicht geschlossen; man soll bei der Berathung der Ausführungsbestimmungen doch auf sehr erhebliche Schwierigkeiten gerathen sein, deren Ausgleichung vorläufig noch auf sich warten läßt.“

Preußen. N.L.C. Berlin, 14. Oct. Der Eisen- bahncorvertirungsplan der Regierung scheint vorläufig zu einem Abschluß gekommen zu sein. Die Generalversammlung der Berlin-Potsdam-Magdeburger

ersten sind die „Kunsthistorischen Silberbogen“, eine Zusammenstellung sorgfältig ausgeführter Holzschnitte, für den geschichtlichen Unterricht wie für die allgemeine ästhetische Bildung von hohem Werthe. Sehr hoch in künstlerischer Beziehung stehen auch die Verlags- artikel von Alphonse Durr in Leipzig, vor allem Fried- rich Preller's Illustrationen zur Prachtausgabe der „Daphne“, Genelli's „Umriss zu Dante's Göttlicher Komödie“, das „Märchen von den sieben Raben“ von Moriz v. Schwind und die reizenden Bilder von Oscar Pletsch, den man den Rafael der Kinderstube genannt hat. Unter den illustrierten Werken von Georg Wigand in Leipzig erregt eine der von Schnorr v. Carolsfeld mit Abbildungen ausgestatteten Bibeln mit reichgeschmückten Holzdecken, silbernen Beschlägen und Spangen, ebenso das reich ausgestattete „Richter-Album“ besonderes Interesse. Die Tafeln zu den „Bildern aus der biblischen Geschichte“ sind nach den Original- bildern von Schnorr v. Carolsfeld mittels eines zu diesem Zwecke konstruirten Apparates photographisch vergrößert und auf Stein fixirt. Der von G. Hirth in Leipzig ausgestellte „Formenschatz der Renaissance“ findet bei dem kunstverständigen Theile der Ausstellungs- besucher gerechte Würdigung; allgemein werden in der Collection der Arnoldischen Buchhandlung in Leipzig das „Stille-Album“ sowie das „Album für Blumen- malerei“ von Marie v. Reichenbach bewundert. Haupt- werke im Verlag von Friedrich Brandstetter in Leipzig sind das Prachtalbum „Blätter und Blüten der deut- schen Poesie und Kunst“ und die „Naturstudien“ von Maxsus. Das erstere liefert namentlich in den land- schaftlichen Stichen eine Reihe von Bildern, die trotz

ihres geringen Umfangs auf wirklichen Kunstwerth Anspruch machen; auch die übrige Ausstattung, von den einfachen, geschmackvollen Typen und dem feinen Kupferdruckpapier mit seinem dem Auge wohlthuenden gelblichen Ton bis zum eleganten Einband, ist eine Musterleistung der deutschen Industrie. Die Illustrati- onen zu den „Naturstudien“ sind seine Charakteristi- ken der im Text beschriebenen Pflanzen- und Thier- geschlechter, jedes in der ihm eigenthümlichen Umgebung dargestellt; die Wiedergabe dieser von Wilhelm Georgy geschaffenen Compositionen ist durch den Holzschnitt in unübertroffener Weise erreicht. Baumgärtner's Buch- handlung zeigt in Köhler's „Polychromen Meister- werken der monumentalen Kunst in Italien“ farben- prächtige Gemälde, die den Beschauer mitten in die zauberische Schönheit des Südens hineinversetzen. George Silber's Buchhandlung in Dresden ist mit architektonisch-kunstgewerblichen Verlagswerken erschie- nen; manches Interessante auf diesem und andern Gebieten bringt auch Karl Scholze in Leipzig. Rich- ter's Verlagsanstalt in Leipzig hat ausgezeichnete illus- trirte Werke für den Unterricht sowie Eifetten in Holzschnitt und Hochätzung ausgestellt.

Eine reiche Auswahl meist künstlerisch ausgestat- teter Rusikalien bieten E. F. Peters, F. E. C. Leu- kart, J. Schubert u. Comp., E. F. Rahnt, Friedrich Kistner, sämmtlich in Leipzig. In der Collection von Friedrich Andreas Bertels in Gotha finden wir die von M. Pfeiffer in München gemalten, von J. G. Bach in Leipzig in Buntdruck ausgeführten Bilder für den Anschauungsunterricht aus den Hey-Spekter'schen Fa- beln, die durch naiven Ausdruck wie durch prächtiges

Colorit vortrefflich wirken. Eine Anzahl bedeutender leipziger Verlagsbandlungen, wie Dunder u. Humblot, E. D. Weigel, F. E. W. Vogel, Wilhelm Engelmann, die Hinrich'sche Buch- und Landkartenhandlung, Wil- helm Dix, haben sich zu einer interessanten Col- lectivausstellung von Verlagswerken vereinigt. In dem Kunstverlag von H. Reinhardt in Dresden hat vor- züglich eins der ausgestellten Werke künstlerische Be- deutung: „König Heintzelmann's Glück und Liebe“, von Theodor Mintrop, ein Märchenepos in 70 Bildern, das durch phantastische, harmonische Composition, durch Feinheit der Detailausführung wie durch ge- schmackvolle Ausstattung als ein wirklicher „Hauschat“ in jedem gebildeten Familienkreise Aufnahme zu finden verdient. Velhagen u. Klasing haben ihre bekannten Ausgaben für Bücherfreunde und unter andern illus- trirten Werken König's „Literaturgeschichte“ ausgestellt; fast sämmtliche graphische Kunstzweige sind hier zur Anwendung gekommen, um die deutschen Sprach- und Literaturdenkmale zugleich mit den Porträts der Schrift- steller zur Anschauung zu bringen. Von Karl Vädeler finden wir die weltbekanntesten Reisebücher mit ihren vor- trefflichen Plänen und Illustrationen.

Das „Archiv für die Sächsische Geschichte“ enthält im ersten Hefte des sechsten Bandes der Neuen Folge, noch unter der Redaction von Dr. Karl v. Weber, Geheimrath, Director des Hauptstaatsarchivs in Dresden (Leipzig, B. Tauchnitz), zwei größere Aufsätze: „Aufsachen gegenüber der Revolution in Ungarn 1604—6“, von Professor Dr. Otto Raemmel, und „Christian, Herzog zu Sachsen-Weissenfels, kurfürstlicher Generalfeldmarschallleutnant“, von Friedrich August Frhrn. v. Byrn.

Eisenbahngesellschaft hat die Offerte der Regierung abgelehnt, und die Kaufprojecte, die dem Landtage vorgelegt werden sollen, werden sich sonach anscheinend zunächst auf die Bahnen Berlin-Stettin, Magdeburg-Halberstadt und Köln-Minden beschränken — auch so noch eine gewaltige Finanzoperation. Daß aber die Eisenbahnverstaatlichung damit nicht definitiv abgeschlossen ist, bedarf keiner langen Bemerkungen. Schon der Besatz der drei genannten Bahnen verleiht dem Staat eine Machtstellung, deren Druck die noch übrigen Privatbahnen unmöglich auf die Dauer aushalten können. Es wird uns voraussichtlich für einige Zeit jede Session neue Eisenbahnvorlagen bringen.

Kürzlich erschien eine officiöse Notiz, nach welcher nach einer vor mehreren Jahren getroffenen Anordnung des Kaisers ihm erst alle Gesetzesvorlagen in ihrer „Grundidee“ mitgeteilt werden müssen, und dies auch wol mit den dem nächsten Landtage zu machenden Vorlagen der Fall sein werde. Jener Anordnung des Kaisers oder richtiger des Königs zufolge soll nun, wie der Vossischen Zeitung jetzt mitgeteilt wird, jeder Ressortchef, der den Erlaß eines Gesetzes für angezeigt hält, zunächst die Frage des Bedürfnisses sowie der Grundsätze, nach welchen die Erledigung desselben zu regeln wäre, dem Staatsministerium zur Erörterung und Beschlußnahme unterbreiten. Sofern das Staatsministerium die Nothwendigkeit eines legislativen Vorgehens anerkannt hat, sollen in allen Angelegenheiten von politischer oder organisatorischer Bedeutung, die der Ausführung zu Grunde zu legenden Principien dem Könige zur Genehmigung vorgebracht werden. Nach erlangter Genehmigung soll nach Maßgabe dieser Principien der Entwurf ausgearbeitet werden und die weitere geschäftliche Behandlung desselben in der früheren Weise erfolgen.

Die National-Liberale Correspondenz berührt heute gleichfalls die Frage wegen einer „conservativ-liberalen Mittelpartei“. „In früheren Zeiten“, sagt sie, „war es allgemein anerkannter Grundsatz, daß auf das Zusammengehen der gemäßigt Liberalen und der gemäßigt Conservativen die preussische und deutsche Politik sich gründen müsse; neuerdings ist es nun einmal mit dem Zusammengehen der Conservativen und des Centrums versucht worden. Die gewaltige und entscheidende Umwandlung der ganzen politischen Situation und die Tragweite der Konsequenzen, die aus dieser Constellation sich ergeben müssen, wird von den governementalen und gemäßigt conservativen Blättern fortwährend verkannt. Man thut, als ob jederzeit das alte Verhältnis einer die Regierung unterstützenden Majorität, bestehend aus den conservativ-liberalen Mittelparteien wiederhergestellt werden könnte. Wir halten diese Auffassung der Sachlage für verfehlt. Das Staatsleben ist ein Ganzes und man kann nicht eine Politik treiben, die sich in wichtigen Fragen bald auf Liberale, bald auf Ultramontane stützt. Man kann wol Gegensätze ausgleichen, die sich nicht schroffer gegenüberstanden als die National-Liberale und die freieren Richtungen der Conservativen; zwischen so principiellen und entschiedenen Gegensätzen aber wie zwischen Liberalen und Ultramontanen mit der diesen nahe stehenden äußersten Richtung der Conservativen gibt es eine Vermittelung nicht. Beharren die Regierung und das conservative Lager auf dem falschen Wege des Pactirens mit dem Centrum, so verzichten sie damit von selbst auf eine Verständigung mit den National-Liberalen, und soweit man in unserer an Ueberraschungen reichen Zeit die Entwicklung der Dinge voraussagen kann, wird die bevorstehende Landtagession keineswegs dazu beitragen, unsere parlamentarischen Grundverhältnisse wieder in das alte Geleis zu fähren, da sich aus den gemäßigten Mittelparteien die Majorität für alle wichtigen Gesetzgebungsacte bildet.“ Die Voraussetzung, daß, wenn die Regierung auf eine conservativ-liberale Mittelpartei sich stützen will, sie nicht gleichzeitig mit den Ultramontanen gehen kann, ist selbstverständlich. Es ist wol auch gewiß, daß die Regierung jenes erstere diesem letzteren vorzieht. Die Frage ist nur, ob und wie eine conservativ liberale Mehrheit im neuen Abgeordnetenhaus herzustellen ist. Die National-Liberale Correspondenz scheint diesen Gedanken oder diese Möglichkeit von vornherein abzuweisen. Ob dies wohlgeht, bezweifeln wir.

Die National-Zeitung bringt heute einen Artikel: „Die Gründe der liberalen Wahlniederlage“, worin sie die der liberalen Partei gemachten Vorwürfe, als hätte sie ihre Niederlage in den Wahlen selbst verschuldet, zu widerlegen sucht. Der Kern dieser Widerlegung faßt sich in folgendem Satze zusammen: Die Versicherung der national-liberalen Partei, die Vorlagen der Regierung sachlich und ohne Voreingenommenheit prüfen zu wollen, hat der Bevölkerung zu einem großen Theile nicht genügt. Sie hat ihre Mandate Männern zugewendet, die versprochen haben, in Zukunft unbedingt mit dem Reichskanzler zu gehen. Zu einem solchen Versprechen fühlen die Liberalen sich außer Stande, sie müssen sich vorbehalten, die Ziele zu prüfen, auf welche der Marsch geht, und eine agrarische, eine reactionäre Richtung werden sie nicht mitmachen, vielmehr den Widerstand so gut wie möglich versuchen. Wir halten es auch noch heute für die Aufgabe der Volksvertretung, vor allem für die Finanzlage des

Staates Sorge zu tragen. Will die Bevölkerung Vertreter haben, die in dieser Richtung ablichten, so nehmen wir es eben hin; ob wir es billigen können oder nicht, ist gleichgültig. Mitteln können wir eben in solcher Auffassung der Aufgabe der Volksvertretung nicht.

Wir glauben doch, daß zwischen dem wenigstens in einem Theile der national-liberalen Wahlprogramme und Wahlartikel eingehaltenen Wege und jenem in keiner Weise gutzuheißenenden „unbedingt“ es noch ein Mittleres gegeben hätte. Die hannoverschen Liberalen haben, scheint uns, diese Mitte besser getroffen als die in den alten Provinzen, und wol mit insolge dessen haben sie Siege, nicht Niederlagen zu verzeichnen.

Die Kölnische Zeitung rath, wie wir gestern erwähnten, den gemäßigt Liberalen, ein „Sessionprogramm“ aufzustellen, auf welches hin Fürst Bismarck sich mit ihnen einigen könne. Dieses Programm präcisirt sie nun etwas näher, wenigstens in drei Hauptpunkten. Ueber die Frage der Verlängerung der Legislaturperiode und einer Vereinfachung und Verkürzung der Budgetdebatten (die möglicherweise sogar eine Stärkung des constitutionellen Bodens bedeuten könnte), hält sie eine Verständigung mit der Regierung für nicht unmöglich. Auf dem kirchlichen Gebiete, und besonders auf dem der Schule, könne die national-liberale Partei nicht weichen. Die Eisenbahnfrage anlangend, so seien nur die Fortschritts- und ein sehr geringer Theil der national-liberalen Partei gegen die Idee der Staatsbahnen; dagegen sie (die Kölnische Zeitung) und ihre näheren politischen Freunde sowie die gesammten conservativen Parteien dafür.

Der Schwäbische Merkur bringt eine interessante Studie über „Liberal und Conservativ“. Er sagt: Manchem freisinnig denkenden Manne will, trotzdem er einsteht, daß der bei den preussischen Abgeordnetenwahlen eingetretene Umschwung in gewissem Sinne ein notwendiger war und als ein heilsamer sich erweisen wird, die Thatsache nicht gefallen, daß die liberale Seite so stark in Rückgang, die conservative ebenso sehr in Aufschwung gerathen ist. Die Befürchtungen, daß die Conservativen die neue Machtstellung zu Gunsten von allerlei reactionären Bestrebungen mißbrauchen werden, drücken auch auf solche, welche die Zurückweisung des nur verneinenden, nur höchsten Fortschritts in seine Schranken und ebenso den Rückgang des Einflusses des immer sich bestmühenden, immer besser wissenden, immer widerstrebenden und nur mühslich endlich zugebenden Theils der National-Liberalen vollkommen billigen. Vieles von diesen Befürchtungen fällt weg, wenn man von der Gewohnheit absteht, nur nach den Schablonen „liberal“ und „conservativ“ zu rechnen. Liberal und conservativ sind unentbehrliche, aber durchaus unzureichende Parteibezeichnungen, zumal in Deutschland, wo es sich nicht um ein fertiges Staatswesen handelt, dessen Weiterbau in liberalem oder conservativem Sinne streitig wäre, wo man immer noch und voraussichtlich noch eine geraume Zeit an den Grundlagen des Staatswesens hant, beflissen sein muß, daß sie überhaupt werden und fest zu stehen kommen. Unzureichend sind jene Bezeichnungen insbesondere für die parlamentarische Gruppirung. Man darf nur auf die Grenzen jener großen Gruppen, die man nun einmal mit jenem Namen unterseidet, hinblicken, um dies gleich zu erkennen. An der Grenze zwischen liberal und conservativ befinden sich auf der conservativen Seite die Freiconservativen, mit Ausnahme von wenigen einzelnen so zweifellos freisinnige Männer, wie irgend an der andern Grenze die National-Liberalen des rechten Flügels, jezt im preussischen Abgeordnetenhaus zwei Drittel der Partei einnehmend, die in Bezug auf das Maßvolle ihrer Gesamtanfchauung recht gut auch conservativ sich nennen könnten. Die Unterchiede sind eben fließend, und selbst die äußere Zugehörigkeit zu dieser oder jener Partei wird vielfach nicht durch die Meinungen, sondern durch Einflüsse der bürgerlichen Lebensstellung, gewohnter Lebensformen, alter Freundschaftsbeziehungen bestimmt; wozu die gemeinam in den liberalen Töpf geworfenen National-Liberalen und Fortschrittler in der That in ihrer politischen Auffassung zumeist um Horizontweite geschieden sind und gelegentlich auch persönlich sich gegenseitig als „unaussprechlich“ vorkommen. Bei entscheidenden Veranlassungen wird sich auch praktisch die Spaltung nicht nach liberal und conservativ vollziehen. Abstrahirt, um zu läuschen, wird vielfach die Vorstellung verbreitet: es werde, da die Conservativen als Ganzes zur Mehrheit nicht ausreichen, in entscheidenden Fällen eine conservativ-ultramontane Coalition sich bilden. Thatsächlich ist der größte Gewinn der Neubildung des preussischen Abgeordnetenhauses gerade der, daß zu den Conservativen wol in mancher wichtigen Stunde ein großer Theil der Liberalen hinzutreten wird, wodurch die schablonenmäßige Rechnung: liberal oder conservativ, hinfällig wird. Das Centrum wird dann das Nachsehen haben und in die Stellung zurücktreten, die ihm, als der Vertretung einer auswärtigen Macht, in einem deutschen Landtage gebührt.

Man schreibt der Magdeburgischen Zeitung: „Der Landtag wird sich mit einer neuen gesetzlichen Regelung des Welfenfonds, von der vielfach die Rede war, nicht zu beschäftigen haben. Es heißt, daß im Staatsministerium schon vor Jahresfrist die Frage angeregt war, ob es gegenüber dem Verhalten des Herzogs von Cumberland nicht angezeigt erscheine, den Welfenfonds in das preussische Staatsvermögen überzuführen. Bei den zwischen der Regierung und Hrn. Windthorst geführten Verhandlungen wegen der Zahlung einer jährlichen Pension an die Königin Marie von Hannover und die hannoverschen Prinzessinnen ist Hrn. Windthorst kein Zweifel darüber gelassen worden, daß von einer Auslieferung des Welfenfonds an den Herzog von Cumberland nicht die Rede sein könne.“

Die National-Zeitung vom 14. Oct. begrüßt Lasker's 50. Geburtstag mit folgenden Worten: An diesem Dienstag begeht Eduard Lasker seinen 50. Ge-

burstag. Es sind nun bald 15 Jahre her, daß er in das politische Leben und in ihm schnell in die vorderste Reihe trat. Mit den großen gesetzgeberischen Schöpfungen, die seit dieser Zeit entstanden sind, ist sein Name auf das engste verknüpft; in einer großen Zeit war es ihm vergönnt zu wirken; seinem Leben ist ein großer und reicher Inhalt gegeben worden. So ist ihm das Höchste zugefallen, auf was ein Mann im politischen Leben rechnen darf, wenn man absteht von äußerlichen Ehren und von der wechselnden Gunst und Ungunst der Tagesströmung. Auf diesem Höhepunkt des Lebens tritt Lasker gerade in dem Augenblick, da die Schöpfungen, an denen er sich hauptsächlich betheiligte, die erste Probe zu bestehen haben, die ihnen von den Gegnern derselben bereitet werden soll, und, wie es scheint, hat das Abgeordnetenhaus, in welchem sein Wort so oft maßgebend gewesen ist, heute keinen Platz mehr für ihn. Auch das ist ein Schicksal, auf welches der Politiker vorbereitet sein muß. Was den Inhalt des Wirkens von Lasker bildete, das untersteht dem Urtheil von Freund und Feind; aber dieser Inhalt steht schon hoch genug, daß das letzte Urtheil die Geschichte abgeben wird. Was Lasker seine Zeitgenossen bezeugen werden, was sie ihm einstimmig zuerkennen, ist ein trefflicher Wille, ein unermüdbarer Fleiß eine unerbitterte Selbstlosigkeit. Diejenigen, die Eduard Lasker politisch und menschlich näher sehen, verehren in ihm einen treuen und warmen Freund. Nicht ohne Friedeigung kann Eduard Lasker heute auf die Zeit so unangesehnen und harten Ringens zurücksehen in der Sicherheit des für seinen Lebensinhalt bereits Gewonnenen und im Bewußtsein eines ungebrochenen und jugendfrischen Strebens nach dem, was ihm als das ideale Ziel seines Daseins gilt. Unsere herzlichsten Glückwünsche begleiten ihn bei seinem Feste.

Die Merikale Germania verlangt in der Form einer Zuschrift — daß der Generalsuperintendent von Berlin Dr. Brückner vor den kirchlichen Gerichtshof gestellt werde, „weil er sich einer Beschimpfung der katholischen Religion schuldig gemacht, weil er das Dogma von der Unfehlbarkeit des Oberhauptes der Kirche und das Institut der Beichte — beides kirchliche Einrichtungen im Sinne des Gesetzes — als Geisteskrankhaft hingustellen beliebte, und diese angebliche Geisteskrankhaft sowie die Geisteskrankhaft der öffentlichen Meinung als die Ursachen der großen Gottlosigkeit unserer Tage hinstellte“. Dieses Material genüge vollständig, um Hrn. Brückner vor die Schranken des Gerichts zu ziehen. „Von der Tribüne des Abgeordnetenhauses“, so schließt der Artikel, „wird der Gottesgelahrte noch mehr zu hören bekommen, als uns an dieser Stelle zu sagen gestattet ist.“

Der Kölnischen Zeitung berichtet man aus Berlin vom 13. Oct.: „Der Kultusminister v. Puttkamer hat den Oberbürgermeister und den Stadtverordnetenvorsteher von Elbing mit seiner gewöhnlichen Höflichkeit empfangen, ihnen aber rundheraus versichert, er sei ein Gegner der Simultanschulen und dieser Punkt wäre einer von denjenigen, worin er von seinem Vorgänger abweiche. Er wolle nicht sagen, daß er unter keinen Umständen jemals eine Simultanschule dulden werde; allein er werde dies nur ausnahmungsweise thun, in Nothfällen, wo die confessionelle Schule nicht durchgeführt werden könnte. Er müsse den Herren von Elbing überlassen, einen solchen Nothfall für ihre Stadt nachzuweisen und darüber neues Beweismaterial beizubringen. Bisherhand bleiben alle Elbinger Schulen geschlossen. Die Antwort läßt den Elbingern sehr wenig Hoffnung übrig, denn die Simultanschulen sind ja erst neuerdings des Grundgesetzes halber in Elbing eingeführt und eine materielle Unmöglichkeit, die Schulen in alter Weise fortzuführen zu lassen, wird schwerlich nachgewiesen werden können.“

Gleich der National-Liberalen Correspondenz hält auch die Kölnische Zeitung das von Hrn. v. Puttkamer eingeschlagene Verfahren gegen die Simultanschulen für ein solches, welches „zwar dem Wortlaut der bestehenden Gesetzgebung nicht geradezu widerspricht, aber dem Geiste und dem Ziele derselben zuwiderläuft“. Mit Hrn. v. Puttkamer habe sich in der Schul- und Unterrichtsverwaltung ein offener Systemwechsel vollzogen und daher lasse es sich ganz so an, als wenn die erste Parole, auf welche, was sich national-liberal nennt, vom äußersten Linken bis zum letzten rechten Posten höre, die sein werde: „Fort mit dem System Puttkamer!“

Die Magdeburgische Zeitung berichtet: „Aus dem Wahlkreise des Dr. Achenbach hat man sich von einigen Seiten, weil das Wahlprogramm der freiconservativen Partei zur Schulfrage in etwas geschräubter, zweideutiger Fassung gehalten sei, an Hrn. Achenbach um eine bestimmte Erklärung in Bezug auf die confessionelle Schule gewandt. In seinem Antwortschreiben erklärt sich Hr. Achenbach in bestimmtester Weise für einen Freund der confessionellen Schule, und will der Veröffentlichung dieser Erklärung nichts in den Weg stellen.“

Aus Berlin vom 14. Oct. berichtet die Neue Preussische Zeitung: „In der heutigen Generalversammlung der Actionäre der Berlin-Potsdamer Magdeburger Eisenbahngesellschaft ist der Antrag: den Betrieb, beziehentlich das Eigenthum dem Staate gegen eine Rente von 4 Proc. und eine Convertirungsprämie von 3 M. abzutreten, abgelehnt. Es stimmten zwar nur 1664 dagegen und 4140 dafür; die statutenmäßigen drei Viertel der abgegebenen Stimmen (4363) wurden aber nicht erreicht.“

Telegraph nach Berlin. Demilligung nahm die hiesige Eisenbahngesellschaft den Antrag vor der Staat

Endlich ein project. Die neuen Acten wurden angeschafft. tag der gang entfiel. Ordnung in mehr hinfälligen wesentlichen be

Frei hundert, der versammlung die Stimul. Wir M. neralversammlung. Landberg. schärferten ausdrückliche. tanfahle die. ewangelische. tische, staats. sponberei. sponberei. sei, Autori. gelium alle. Autorität. Gründe di. Charakters.

Baier wird aus König ha. Kammer. stat von. werde.“

Wär. Lehrer. mäßige. Hauptgeme. Vereinsmit. lichen Au. selben folg.

1) Unse. an Ueberhö. zu weitgeh. in Bezug a. Uebermaß. nur die e. hen Dinter. nung des. Umständen. geschaff. den meiste. Sprach. u. Redensstoffe. und durch. Diese. nommen.

Elfa. Bischof. halter v. Zeitung. schalls v. getheilten. zuegung. und Volk. Kräften für. Unterstütz. hungen n. nicht corre. Blattes z. wort auf. Sinne na. Herren. Heiligen. es deutlic. gefestigt. führt. von dem. sondern v. geleistet. vollständig. Worte für. der Staat. richtet hat.

Die. hauses. folgendem.

Telegraphisch wird noch berichtet: „Nach Ablehnung der Verkaufspropositionen der Regierung und nach Zurückziehung des Antrages von Kumbrecht wegen Bewilligung einer Convertirungsprämie von 20 M. nahm die Generalversammlung der Potsdam-Magdeburger Eisenbahn mit 3927 gegen 573 Stimmen den Antrag von Born an, den Vertrag abzuschließen, wenn der Staat 10 M. Prämie gewähre.“

Thüringische Staaten. Eisenach, 13. Oct. Endlich sind die Schwierigkeiten, welche dem Bahnproject Wutha-Ruhla sich entgegenstellten, beseitigt. Der als Endtermin für Einzahlung der gezeichneten Aktienbeträge festgesetzte 10. Oct. ist innegehalten worden und damit nun die Ausführung des Baues gesichert. — Der gestern hier gehaltene Verbandstag der thüringischen Gewerbevereine hat sich ganz entschieden gegen eine Abänderung der Gewerbeordnung im Sinne des Zwangsweges erklärt, vielmehr hauptsächlich des Innungs-, Lehrlings- und Gesellenwesens die freie Vereinigung der Gewerbetreibenden befürwortet.

Freie Städte. Der Evangelische Lehrerkund, der kürzlich in Bremen seine stehende Generalversammlung abhielt, nahm folgende Erklärung gegen die Simultanschule an:

Wir Mitglieder der zu Bremen tagenden stehenden Generalversammlung des Evangelischen Lehrerbundes nehmen Veranlassung, im Anschluß an den Vortrag des Pastors Landsberg über die Herstellung der auf allen Gebieten erspähten Autorität wie an andern Orten, so auch hier ausdrücklich zu erklären, daß wir im Gegensatz zur Simultanschule die Erhaltung des evangelischen Charakters unserer evangelischen Volksschule als Lebensfrage für unsere kirchliche, staatliche und gesellschaftliche Ordnung betrachten; insbesondere theilen wir durchaus die im Vortrage ausgesprochene Ueberzeugung, daß das Evangelium allein fähig sei, Autorität aufzurichten und zu stärken, daß das Evangelium allein die Kraft habe, zum Gehorsam gegen diese Autorität zu erziehen, und daß deshalb auch aus diesem Grunde die Erhaltung und Stärkung des evangelischen Charakters der christlichen Volksschule geboten sei.

Baiern. Der augsbürger Allgemeinen Zeitung wird aus München vom 14. Oct. berichtet: „Der König hat den Finanzminister ermächtigt, in der Kammer zu beantragen, daß der Malzausschlag, statt von 4 auf 5, auf 6 M. per Hektoliter erhöht werde.“

Württemberg. Der Verein evangelischer Lehrer in Württemberg hielt kürzlich seine regelmäßige Jahresversammlung in Stuttgart ab. Den Hauptgegenstand des Tages bildete der Vortrag eines Vereinsmitgliedes über Vereinfachung der unterrichtlichen Aufgabe der Volksschule. Redner legte demselben folgende Thesen zu Grunde:

1) Unsere Volksschule leidet in unterrichtlicher Beziehung an Ueberbürdung, die verursacht wird a) vorzugsweise durch zu weitgehende, unnötige Anforderungen an den Unterricht in Bezug auf die Methode desselben; b) aber auch durch ein Uebermaß des geforderten Stoffes. 2) Hierdurch wird nicht nur die erzieherische Aufgabe der Volksschule unvollständig in dem Hintergrund gedrängt, sondern auch die sichere Aneignung des nöthigen Unterrichtsstoffes sehr erschwert, unter Umständen zur Unmöglichkeit gemacht. 3) Abhilfe kann geschafft werden: a) durch Vereinfachung der Methode in den meisten Unterrichtsfächern, am durchgreifendsten im Sprach- und Rechenunterricht; b) durch Beschränkung des Rechenstoffes auf die praktisch notwendigen Verhältnisse und durch Milderung der Forderung in den Realien. Diese Thesen wurden ohne Widerspruch angenommen.

Elßaß-Lothringen. Zu dem Empfange des Bischofs Käp und des Domkapitels bei dem Statthalter von Elßaß-Lothringen bemerkt die Straßburger Zeitung, daß der Theil der Ansprache des Feldmarschalls v. Ranteuffel, welcher nach der früher mitgetheilten Version lautet: „Es ist meine innigste Ueberzeugung, daß die Religion zum Wohle von Staat und Volk durchaus notwendig ist. Soviel in meinen Kräften steht, werde ich derselben immer meine volle Unterstützung leisten, und jähle ich in diesen Bestrebungen natürlich auf Ihre thätige Mitwirkung“ — nicht correct sei. Den Informationen des genannten Blattes zufolge hat der Statthalter in seiner Antwort auf die Ansprache des Bischofs am Schlusse dem Sinne nach Folgendes gesagt: „Von Ihnen, meine Herren, erwarte ich aber, daß Sie das Gebot der Heiligen Schrift immer vor Augen haben, in welchem es deutlich heißt, daß die Obrigkeit von Gott eingesetzt ist, und daß ihr Ehrfurcht und Gehorsam gebührt. Doch nicht von dem nur äußern Gehorsam, von dem Schein des Gehorsams, ist da die Rede, sondern von jenem Gehorsam, der mit dem Herzen geleistet wird und in der Wahrheit stattfindet. Denn der Apostel sagt wörtlich, daß er des Herrn wegen geleistet werden müsse.“ Damit hat der Bischof seine vollständigste Uebereinstimmung ausgesprochen. Diese Worte stimmen im allgemeinen mit denen überein, die der Statthalter an die Geistlichkeit in Kolmar gerichtet hat.

Desterreich-Ungarn.

Die verfassungstrene Partei des Herrnhäuser ist nunmehr constituirt. Sie bekennet sich zu folgendem Programm:

1) Unverbrüchlich festzuhalten an den Staatsgrundgesetzen vom Jahre 1867, insbesondere am §. 11 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung (welcher den Umfang der reichsräthlichen Competenz festsetzt); entgegenzutreten allen Versuchen, die Rechte des Reichsrathes zu Gunsten einzelner Länder zu schmälern; 2) principiell festzuhalten an allen übrigen Gesetzen, insoweit nicht die Zeitverhältnisse eine Abänderung derselben erheischen.

Frankreich.

Paris, 13. Oct. Ueber die Ernennung Humbert's zum Mitgliede des pariser Gemeinderaths sind alle anständigen Leute entsetzt. In der Provinz wird diese Wahl einen noch schlechteren Eindruck machen. Die antirepublikanischen Blätter kündigen bereits die nahe Herrschaft der Commune an. Die *Marseillaise* feiert dagegen den Sieg Humbert's mit den frechen Worten:

Er gibt Ehrens, dem pariser Brandstifter, Mac Mahon, dem Mörder der Pariser, und ihren subalternen Agenten, den Deputirten, Prefecten, Generalen, Spionen, Polizeibienern und Kerkermeistern, jene feierliche Ohrfeige, welche in der Geschichte wiederhallen wird wie eine rechtmäßige Revanche und eine glänzende Wiedervergeltung. Alphonse Humbert wurde, als er den Bagno verließ, zum Gemeinderath von Paris ernannt!

Weiter heißt es: Was spricht man uns von der Hinrichtung Chaubey's? Als ob es sich im geringsten noch darum handelte! Ihr solltet hoch das Wort „Execution“ in euerem eignen Interesse so selten als möglich in den Mund nehmen! Hütet euch, die Leichen herauszubehauen! Wir müßten dann noch mehr an die unbestraft gebliebenen Mörder Villiers's, Duval's und Flournois' denken; ihr würdet uns allzu lebhaft die 17000 Massakrirten der blutigen Woche ins Gedächtnis rufen, welches sie auch ohnehin noch lange nicht vergessen hat!

Die antirepublikanischen Blätter sind dagegen entsetzt über diese Wahl. Der *Soleil* schreibt: „Humbert ist gewählt und Paris wird von denen verwaltet, welche es in Brand stecken!“

Grévy traf gestern in Paris ein. Die Wahl Humbert's soll ihn äußerst unangenehm berührt haben und er fest entschlossen sein, mit aller Energie vorzugehen, selbst wenn er deshalb mit Gambetta in Streit gerathen müßte.

Die Amnestirten des Calvados landeten gestern um 11 Uhr in Port Vendres und wurden auf die nämliche Weise empfangen wie die dort früher eingetroffenen Amnestirten. Louis Blanc traf um 3¹/₄ Uhr in Port Vendres ein und wurde mit großem Jubel empfangen. Er gab sofort eine Rede zum besten. „Ich bin so glücklich“, äußerte er, „unsere unglücklichen Heimkehrer willkommen zu heißen. Mein Glück ist indessen nicht vollständig, denn andere leiden noch. Die Regierung zögert, ihnen die Thore zu öffnen, aber wir werden sie dazu zwingen!“

Der *National* bringt folgende Mittheilung: „Baden-Baden, 12. Oct. Viel bemerkt wurde gestern auf der Promenade die lange Unterhaltung des Deutschen Kaisers mit dem Grafen Saint-Ballier. Dieses besondere Zeugniß des Einvernehmens und der guten Beziehungen hat das Publikum und die politische Welt hier lebhaft berührt.“

In Lyon hielt der bekannte Ultramontane de Mun eine Vorlesung, welcher 3000 seiner Anhänger beiwohnten. Beim Herausgehen riefen die Volksmassen: „Nieder mit den Jesuiten! Es lebe Ferry!“ Die Polizei verhaftete einige Tumultuanten.

Die Blätter fahren fort, über die preussischen Abgeordnetenwahlen zu sprechen. So sagt die *République française* mit speciellem Bezug auf die National-Liberalen:

Sie wählten mit dem Meister der Geschichte des Reiches kämpfen zu können, aber sie ergriffen die Waffen zu früh oder zu spät; zu früh, weil sie nicht die Uebermacht hatten, zu spät, weil die Zugeständnisse, die ihnen der unabweisliche Wille des Kanzlers entziffen, sie schon zu schwer compromittirt hatten. So enden die Parteien, welche ihren Ursprung vergessen. Die Lehre ist zu hart, aber, wie man leider zugeben muß, auch gerecht. Dr. Koster und seine Freunde haben zu oft „mit blutendem Herzen“ gestimmt, zu oft der Politik des Fürsten Bismarck den Sieg verschafft und damit schließlich die Achtung und das Vertrauen ihrer Committenten verloren. Der Kanzler hat sich das zu Nutzen gemacht. Niemand kann es ihm verübeln und seine Gegner haben die ganze Schuld nur sich selbst zuzuschreiben. Der Leiter der deutschen Politik ist sich durchaus treu geblieben. Er hat den Bau der deutschen Einheit auf seine Art aufgeführt und will ihn auf seine Art befestigen. Ist diese Art die rechte? Das haben wir nicht zu entscheiden; segnen können wir aber nicht, daß seine politische Handlungsweise stets dieselbe gewesen ist. Sie besteht in erster Reihe darin, sich nicht von den Majoritäten beherrschen zu lassen, sondern sie selbst zu beherrschen. Fürst Bismarck macht Gesandtschaft mit Jedermann, nimmt aber nur die Dienste des Reichstretenden an. Er hielt es mit den National-Liberalen, solange diese nicht vor seinen Forderungen zurückwichen; sobald sie sich auf die Hinterfüße stellten, arbeitete er mit vollendeter Kunst an ihrer Vernichtung. So hatte das Land zuletzt zwischen dem Fürsten Bismarck mit seiner höchst persönlichen Politik und den Männern zu wählen, die sich zu spät entschlossen hatten, ihm die Spitze zu bieten. Die Wahl konnte nicht zweifelhaft sein. Wie absolut auch die Ideen eines Staatsmannes sein mögen, mit einer so imposanten Vergangenheit kann er sicher sein, daß Feld zu behaupten über Gegner, die ihr Aufsehen durch unaufhörliche Nachgiebigkeit bloßgestellt haben.

Das Journal des Débats sagt: Fürst Bismarck ist nicht der Mann der äußersten Reac-

tion, die aus dem Haß, nicht aus Berechnung und Vorsicht stammt; er vernichtet nicht, was er vielleicht noch gebrauchen will; er zerstört nicht eine Partei, um nicht unter die Herrschaft einer andern zu fallen; er hat schon in andern Schlachten als in Wahlschlachten, gestegt, und diese werden ihm den Kopf nicht mehr verwirren als andere.

— Der Kölnischen Zeitung schreibt ein pariser Correspondent (wie uns scheint, etwas zu sanguinisch):

Die allgemeine Amnestie ist heute jedenfalls als eine verlorene Sache zu betrachten, da selbst ein Theil der Deputirten, welche bisher zu Gambetta hielten und ihm blindlings folgten, sich der neuesten Politik der *République française* nicht anbequemen, da sie keineswegs mit den Communards Hand in Hand gehen und so Frankreich in neues Unglück stürzen wollen. Alles wird jetzt davon abhängen, wie die Regierung des Präsidenten Grévy auftritt. Zeigt dieselbe Ernst, schreckt dieselbe nicht davor zurück, Gambetta über Bord zu werfen, so kann die Krise, in der sich Frankreich heute befindet und die dadurch hauptsächlich hervorgerufen wurde, daß Gambetta mehr seiner persönlichen Stellung als dem Wohle Frankreichs Rechnung trug, leicht beseitigt werden.

Großbritannien.

London, 13. Oct. Der Daily Telegraph bemerkt über das Ergebnis der preussischen Wahlen, es könne kaum zu hoch angeschlagen werden, da Fürst Bismarck jetzt, wenigstens soweit Preußen ins Spiel komme, vollständig freie Hand erlangt habe, die von ihm eingeschlagene heimische und auswärtige Politik ohne Störung und ohne Widerstand zu verfolgen. Das Geheimniß des in ihn gesetzten Vertrauens bestehe in dem Bewußtsein, daß, welche Wege er immer zur Erreichung seiner Ziele einschlage, diese jeberzeit darauf hingingen, Deutschlands Gebietsstand unverfehrt zu erhalten, es stark und geachtet zu machen. Seine Vaterlandsliebe habe in den eben beendeten Wahlen Preußens eine auffällige Anerkennung erhalten. An Feinden möge es ihm allerdings nicht fehlen, doch sei deren Macht nicht groß genug, um standzuhalten gegen die kräftige Stütze der Nation, deren Macht er gegründet habe.

Der Standard sagt: „Was bedeutet diese außerordentliche Niederlage der National-Liberalen, deren Vaterlandsliebe, Tüchtigkeit und Einsicht niemand bezweifeln kann, deren ernstes politisches Streben nie durch Gewaltthaten vernichtet wurde, die ihre Wählung zuweilen bis zum Äußersten getrieben?“ Darauf gibt das Blatt folgende Antwort: „Die national-liberale Partei besaß nur einen Fehler, aber er war verhängnisvoll für sie: sie konnte nicht in allen Fragen mit dem Fürsten Bismarck übereinstimmen. Wohl opferte sie viel auf dem Altar seiner Größe, aber sie konnte es nicht über sich bringen, seinem Ominus gewisse Zugeständnisse zu machen. Sie verweigerte ihm schärfere Waffen, als er bereits besaß, gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse, sie wollte die Vorrechte des Parlaments nicht beschränken, konnte sich nicht entschließen, die Ueberwachung desselben über die Finanzen daranzugeben. Man hätte denken sollen, daß ihre eifrige Anhänglichkeit an verfassungsmäßige Freiheit ihr die Günst ihrer Landsleute zuwenden würde. Dem war jedoch nicht so. Die überwiegende Mehrheit der Wähler hat sich gegen sie ausgesprochen. Dürfen wir daraus den Schluß ziehen, daß es in den Wünschen des deutschen Volkes liege, die Vorrechte des Parlaments beschränkt, Peer und Budget vermindert und die ausübende Gewalt zum höchsten Schiedsrichter ihrer Geschicke gemacht zu sehen? Kaum wahrscheinlich. Vielmehr herrscht offenbar im deutschen Volke die Ueberzeugung, daß Fürst Bismarck in Wirklichkeit niemals gegen die bürgerliche und politische Freiheit sich verschworen werde, er müßte denn überzeugt sein, daß dies notwendig sei, um etwas unendlich Kostbareres, nämlich die Einheit und Größe des Vaterlandes, zu wahren. Nebenbei aber darf nicht übersehen werden, daß die schutzjüdische Politik des Fürsten ihm eine Schar der verschiedenartigsten Bundesgenossen zugeführt hat. Die National-Liberalen, so schließt der Artikel, sind zu bemitleiden, ihre Notmüßigkeit und Aufrichtigkeit verbiete ein besseres Schicksal. Aber aus der *redintegratio amoris* zwischen dem Fürsten Bismarck und den Ultramontanen sollten sie die Erkenntniß schöpfen, daß auch für sie ein Tag der Versöhnung mit dem geschmeidigen Kanzler wieder anbrechen dürfte. Er mag sie wieder einmal gebrauchen, und in diesem Falle würde er der erste sein, zu begreifen, daß sie je seine Gegner gewesen.“

Rußland.

Aus Petersburg vom 10. Oct. schreibt man der Neuen Preussischen Zeitung: „Jene russischen Presborganen, die so lange schon das Hehen gegen Deutschland sowie das Peterschreiben über Deutschlands Politik und deren Leitung in Erbpacht genommen zu haben scheinen, und deren Treiben auch das der alexandrower Kaiserzusammenkunft vorausgegangene bekannte officielle Communiqué des Journal de Saint-Petersbourg nur wenige Tage hindurch zu jäheln vermochte, haben sich für gleich maßlose Ausfälle jetzt ein zweites Angriffsobject ausgesucht. Die russische Petersburger Zeitung (*Petersburgskaja Webomosti*), die Neue Zeit (*Nowoje Wremje*) und die Russische

Leipziger Börse.

15. Oct.

Wechsel.

Table with exchange rates for various locations including Amsterdam, London, and Paris.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds and securities with their respective values and terms.

Bank-Disconto.

Table showing bank discount rates for different banks and locations.

Sorten.

Table listing various types of securities and their prices.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing various stocks and securities with their prices and terms.

Table listing railway stocks (Eisenbahn-St.-Pr.-Actien).

Table listing bank stocks (Bank-u. Credit-Actien).

Table listing industrial stocks (Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prioritäten).

Table listing foreign bonds (Ausländische Fonds).

Table listing coal stocks (Kohlen-Act. u. Prior. a) Braunkohlen-Actien).

Table listing American bonds (Amerik. Anl. pr. 1881).

Table listing railway stocks (Inl. Eisenb.-Prior.-Obli.).

Table listing railway stocks (Ausl. Eisenb.-Prior.-Obli.).

Table listing coal stocks (Kohlen-Act. u. Prior. b) Steinkohlen-Actien).

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Donnerstag, 16. Oct. Wilhelm Tell. Schauspiel in 5 Acten von Fr. Schiller. Musik von Carl Reinecke. (278. Abonn.-Vorst.)

Altes Theater. Donnerstag, 16. Oct. Das Versprechen hinter'm Heerd. Eine Scene aus den bayerischen Alpen mit Nationalgesängen von Alexander Baumann.

Suppé. Randl und Galathea, Frau Marie Geisinger.

